

Inhaltsverzeichnis

X. Teil Wahrung des gesetzlichen Übernahmerechts

§ 51 Das Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen (Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz – WpÜG) – Anwendungsbereich und Verfahren

	Seite
A. Allgemeines	5
B. Europarechtliche Rahmenbedingungen	7
I. Entwicklungsstand der Takeover-Richtlinie	7
II. Transparenz-Richtlinie	11
III. Sonstige Richtlinien	12
C. Vorläufer des Übernahmegesetzes – Der Übernahmekodex der Börsensachverständigenkommission	13
D. Allgemeiner Teil des WpÜG	14
I. Anwendungsbereich und Aufbau	14
II. Angebotsarten	17
III. Primäre Regelungsanliegen – allgemeine Grundsätze	19
E. Angebote zum Erwerb von Wertpapieren – Das Verfahren ...	20
I. Veröffentlichungspflicht	20
II. Angebotsunterlage	22
III. Bedingung, Änderung, Rücktrittsrecht	25
IV. Beteiligungsmeldungen (sog. „Wasserstandsmeldungen“)	26
V. Annahmefristen	26
VI. Stellungnahme des Vorstands und des Aufsichtsrats der Zielgesellschaft	27
F. Das Pflichtangebot	28
I. Anzeige-, Angebotspflicht und Reichweite des Angebots	28
II. Kontrollschwelle	29
III. Erlangen der Kontrolle	30
IV. Berechnung der Kontrollschwelle	36
V. Ausnahmebestimmungen	38
VI. Neutralitätsgebot	40
G. Übernahmeangebote	42

H. Materielle Bestimmungen für obligatorische und freiwillige Übernahmeangebote	43
I. Art der Gegenleistung	43
II. Höhe der Gegenleistung	44
I. Übernahmebehörden	45
J. Sanktionen	46
K. Ausblick	47

§ 52 Abwehr von Übernahmeversuchen

A. Begriffsbildung	52
B. Kriterien für die Einordnung als „freundlich“ oder „feindlich“	55
I. Allgemeiner Sprachgebrauch	55
II. „Freundlich“ oder „feindlich“ als Ausdruck materieller Interessen	56
C. Abwehr feindlicher Übernahmen	70
I. Überblick über Abwehrmaßnahmen	70
II. Präventive Abwehrmaßnahmen	72
III. Aktuelle Abwehrmaßnahmen aus Anlaß eines Übernahmeversuchs	104

§ 53 Pflichten des Bieters

A. Einführung	112
B. Die wesentlichen Regelungen des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG)	113
I. Angebotsarten und Pflichten des Bieters	113
II. Allgemeine Verhaltenspflichten des Bieters	115
III. Besondere Regelungen für Übernahmeangebote	128
IV. Besondere Regelungen für Pflichtangebote	131
V. Sanktionen	134
C. Zusammenfassung/Ausblick	135

§ 54 Pflichten der Zielgesellschaft

A. Einführung	143
B. Informations-, Stellungnahme- und Geheimhaltungspflichten	144
I. Informations- und Übermittlungspflichten	144
II. Pflicht zur Stellungnahme und deren Veröffentlichung	147

	Seite
III. Freiwillige Informations- und Werbemaßnahmen	152
IV. Due Diligence-Prüfung/Fragen des Bieters	153
V. Behandlung konkurrierender Bieter	155
C. Eigene Aktien der Zielgesellschaft/MBO der Zielgesellschaft .	156
I. Eigene Aktien der Zielgesellschaft	156
II. MBO der Zielgesellschaft	157
D. Verhinderungsverbot	158
I. Maßnahmen, die in die alleinige Kompetenz des Vorstands fallen	160
II. Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen .	164
III. Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Hauptversammlung fallen	166
IV. Sanktionen	173
E. Zusammenfassung/Ausblick	173
 § 55 Beteiligung der Arbeitnehmer(-vertretungen) 	
A. Überblick zur Beteiligung der Arbeitnehmer(-vertretungen) .	178
I. Transparenz- und Informationsgrundsatz	178
II. Informationspflichten im Überblick	178
III. Sonstige Beteiligung der Arbeitnehmer(-vertretungen)	179
B. Unterrichts- und Übermittlungspflicht des Vorstands der Zielgesellschaft	179
I. Verpflichtung zur Information	179
II. Adressat der Information	180
C. Arbeitsrechtlicher Inhalt der Angebotsunterlage	182
I. Absichten des Bieters	183
II. Arbeitsrechtlicher Inhalt der Angebotsunterlage	183
III. Umfang der Angaben	185
D. Arbeitsrechtlicher Inhalt der Stellungnahmen von Vorstand, Aufsichtsrat und der Arbeitnehmer(-vertretung) der Zielgesellschaft	185
I. Stellungnahme von Vorstand und Aufsichtsrat	185
II. Stellungnahme der Arbeitnehmer(-vertretung)	187
E. Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen	189
I. Pflichtverletzungen des Bieters	189
II. Pflichtverletzungen des Vorstands der Zielgesellschaft	190

XI. Teil Schuldrechtsmodernisierung

§ 56 Schuldrechtsmodernisierung

Seite

A. Die Reform im Überblick	198
B. Unternehmenskaufvertrag	202
I. Anwendbarkeit des Kaufrechts	202
II. Leistungspflicht des Käufers	205
III. Leistungspflicht des Verkäufers	208
IV. Nebenpflichten der Vertragsparteien	218
V. Nichtleistung des Unternehmens	220
VI. Lieferung eines mangelhaften Unternehmens	239
VII. Vertragliche Garantien	286
VIII. Vorvertragliche Informationsverantwortung des Verkäufers	293
IX. Formvorschriften	301
C. Fremdfinanzierter Unternehmenskauf	303
I. Gelddarlehensvertrag	303
II. Verbraucherdarlehensvertrag	311
III. Sicherheiten	315
D. Übergangsrecht	318
I. Grundsatz	319
II. Dauerschuldverhältnisse	320
III. Verjährung	320
E. Betriebsübergang	322

**§ 57 Praktische Hinweise zur Vertragsgestaltung
unter Berücksichtigung der Schuldrechtsmodernisierung**

A. Das Dilemma des § 444 BGB	324
I. Die praktischen Probleme	324
II. Unanwendbarkeit des § 444 BGB	324
B. Was sagt der Markt?	327
C. Gestaltungsmöglichkeiten	327
I. Ausländisches Recht	327
II. Selbständige Garantieerklärungen	328
III. Beschaffenheitsvereinbarungen	330
IV. Rechtsmängel	332
V. Kombinationen der verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten	333
VI. Sicherung der Äquivalenz außerhalb der Mängelhaftung: Freistellungsregelungen	333
VII. Strukturelle Lösungen	334
VIII. Verjährungsfragen im Unternehmenskaufvertrag	338

XII. Teil Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts

**§ 58 Unternehmensübernahmen im Steuerrecht –
Neuere Entwicklungen aufgrund des
Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes und des
Steuervergünstigungsabbaugesetzes**

	Seite
A. Grundlagen	349
I. Allgemeines.	349
II. Eckpunkte des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes .	350
III. Für 2003 geplante Steuerverschärfungen im Unternehmenssteuerrecht.	363
B. Veräußerung von Personengesellschaften	370
I. Allgemeines	370
II. Einkommen-/körperschaftsteuerliche Folgen der Veräußerung von Personengesellschaften	370
III. Gewerbesteuerpflicht bei Veräußerung von Anteilen an Personengesellschaften und Beteiligungen	372
C. Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	378
I. Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften durch Kapitalgesellschaften	378
II. Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften durch natürliche Personen	383

XIII. Teil Aktienübernahme

§ 59 Übernahme aller Aktien durch den Hauptaktionär

A. Einleitung, Problemstellung	391
B. Rechtslage vor dem Übernahmegesetz	392
I. Übertragende Liquidierung der Gesellschaft	392
II. Eingliederung	394
III. Weitere Möglichkeiten	395
C. Anlaß der Neuregelung	395
D. Inhalt der gesetzlichen Regelung	395
I. Verfahren	397
II. Anfechtungsmöglichkeiten	401
III. Bestimmung der Höhe der Barabfindung im Streitfall	402
IV. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	404
V. Fusionskontrolle	404
VI. Grunderwerbsteuer	404